

*Minimum-Konferenz.*

Maßregel sei notwendig, um kleineren Handels- und Gewerbetreibenden bei der Beschaffung der Geschäftsmietzins zu Novemberterminen behilflich sein zu können.

Ferner habe die Gemeinde Wien im Falle der Aufhebung der staatlichen Verzehrungssteuer während der Kriegsdauer auf die Einhebung der Zuschläge zur Verzehrungssteuer für Hirsche und Hasen verzichtet. Er habe auch den Auftrag gegeben, die Kühlanlagen im Pferdeschlachthause in Stand zu setzen, um die Vorräte an Hasen und Hirschen daselbst einzulagern.

Die Konferenz genehmigt alle diese Vorschläge mit Stimmeinhelligkeit.

Der Bürgermeister führt weiters aus, daß man in der Großmarkthalle die Wahrnehmung mache, daß viel unreifes Fleisch auf den Markt gebracht werde. Der Umstand, daß in Tulln und Krems Befestigungen (Brückenköpfe) gebaut werden, verseze die Bevölkerung in Angst; sie verkaufe daher alles Jungvieh. Dieser Umstand könne aber in der Zukunft große Schwierigkeiten für die Approvisionierung bringen.

Dieser Umstand kann bewirken, daß wir in drei bis vier Monaten vor einem Notstand stehen. Er habe daher eine Eingabe an das Ackerbauministerium gemacht, um die Einführung von argentinischem Gefrierfleisch zu erreichen. Gegen eine ähnliche Aktion, die seitens der Stadt Triest eingeleitet wurde, habe Ungarn Einspruch erhoben; er ersuche die Obmänner der Klubs, die Gem.-Räte Steiner, Dr. Hein und Neumann, mit ihm beim Ministerpräsidenten in dieser Richtung vorzusprechen. Er ersuche weiters den Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller, bei seiner bevorstehenden Reise nach Budapest den Bürgermeister Dr. Barcsy von dieser Aktion der Stadt Wien in Kenntnis zu setzen und ihm mitzuteilen, der Bürgermeister von Wien sei auch bereit, für ihn Gefrierfleisch zu bestellen, denn auch er werde es brauchen; er möge daher in dieser Richtung auf die ungarischen Agrarier seinen Einfluß ausüben.

Gem.-Rat Leitner erklärt, daß er auch im Landeskulturrate gegen die übermäßige Kälberschlachtung protestiert habe.

Der Bürgermeister teilt mit, daß ihn die Zeitungsberichte über die von den Russen in Ostpreußen verübten Greuelthaten und der darangeknüpfte Aufruf des Bürgermeisters der Stadt Neidenburg veranlaßt hätten, den Antrag zu stellen, daß die Gemeinde Wien einen Betrag von 25.000 K für die Bevölkerung Ostpreußens widme.

Die Konferenz erklärt sich einstimmig damit einverstanden.

Bezüglich der zahlreichen Beschwerden, daß Postpakete an die im Felde stehenden Soldaten seitens der Postämter nicht übernommen werden, erklärt der Bürgermeister, daß er beim Ministerpräsidenten vorgesprochen und von diesem soeben die telephonische Nachricht erhalten habe, daß von morgen an Pakete an Einzelpersonen (bis zu 10 kg) sowie an Truppenkörper angenommen würden. Jedoch sollen nur notwendige und nicht dem Verderben unterliegende Gegenstände abgesendet werden.

Gem.-Rat Golz gibt der Meinung Ausdruck, daß es von allgemeinem Interesse wäre, wenn eine eventuelle Verlängerung des Moratoriums nicht erst am letzten Tage, sondern etwas früher bekanntgegeben werde.

Der Bürgermeister erklärt, er zweifle nicht daran, daß eine neuerliche Verlängerung des Moratoriums eintreten werde.

Gem.-Rat Dr. Hein regt an, der Herr Bürgermeister wolle seinen Einfluß geltend machen, daß die Baukredite, die

bereits vertragsmäßig zugesichert seien, auch wirklich ausgezahlt würden, was oft unter Hinweis auf das Moratorium nicht geschieht. Der Bürgermeister verspricht, in dieser Hinsicht vorstellig zu werden.

Gem.-Rat Neumann ersucht, man möge den Ehepaaren, die aus den Ehepaarpavillons im Versorgungsheime entlassen und denen Beträge von monatlich je 40 K in Aussicht gestellt wurden, doch einen Betrag von je 50 K monatlich zusprechen.

Der Bürgermeister erklärt, daß ihm die Evaluierung der Ehepavillons nicht bekannt und er damit auch gar nicht einverstanden ist.

Gem.-Rat Neumann regt weiter an, ob nicht die Kommune größere Mengen von Hasen ankaufen könnte.

Der Bürgermeister erklärt, daß dies selbstverständlich sei, damit er preisregulierend wirkend könne.

Weiters teilt Gem.-Rat Neumann mit, daß sich die Niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer mit der Beschaffung von Wolle befaße. In Triest sollen größere Partien dieser Ware liegen. Ferner könne auch von Holland diese Ware bezogen werden. Auch in dieser Richtung bitte er den Bürgermeister zu intervenieren.

Die Konferenz wird hierauf geschlossen.

Der Bürgermeister:

Dr. Weiskirchner m. p.

Der Vertreter des Bürgerklubs:

L. Steiner m. p.

Der Vertreter des Verbandes der liberalen Partei:

Dr. Hein m. p.

Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion:

Jakob Neumann m. p.

Der Schriftführer:

Böttger m. p.,

Magistrats-Sekretär.